

Stauabgabe ist nicht gefragt

Bund
22.04.04

Der **Grosse Rat** hat mit 91 gegen 70 Stimmen beschlossen, keine Standesinitiative zur Einführung von Road Pricing einzureichen

Singapur kennt Road Pricing schon lange. Norwegische Städte wie Trondheim, Bergen und Oslo haben es vor Jahren eingeführt. Aber erst seit London die Strassen ins Zentrum 2003 gebührenpflich-

tig machte, ist Road Pricing auch in der Schweiz ein Thema: 800 000 zusätzliche Fahrgäste für den öffentlichen Verkehr, zwölf neue Buslinien, 15 Prozent weniger Strassenverkehr und 40 Prozent

weniger Stauzeit: Das habe Road Pricing London gebracht, sagte gestern Regierungsrätin Barbara Egger im Grossen Rat.

Doch trotz dem Erfolg in der Praxis hatte Andreas Hofmann (sp, Bern) einen schweren Stand mit seiner Motion, die eine bernische Standesinitiative verlangte, um auf Bundesebene die gesetzlichen Grundlagen für eine Stauabgabe zu schaffen. Zwar versuchte Hofmann, den marktwirtschaftlichen Charakter einer Stauabgabe in den Vordergrund zu rücken: Wer eine stark befahrene Strasse zu den Stosszeiten nutze, müsse für das stark nachgefragte Gut halt etwas bezahlen. Er verliere dafür weniger Zeit (und Geld) mit Warten im Stau. Das Gebührensystem vermindere nicht nur Lärm und Abgase für Anwohner, sagte Hofmann, sondern ermögliche jenen, die aufs Auto angewiesen seien, ein verlässlicheres Vorwärtskommen. Road Pricing könne «staatsquotenneutral» eingeführt werden – im Gegenzug könnten die Motorfahrzeugsteuern entsprechend gesenkt werden. Einziger Zweck seiner Motion sei,

in der Schweiz eine rechtliche Grundlage fürs Road Pricing zu schaffen. «Wir müssen die Bremse lösen», sagte Hofmann.

Heute hält nämlich die Bundesverfassung fest, dass öffentliche Strassen grundsätzlich gebührenfrei sind; Ausnahmen kann nur die Bundesversammlung bewilligen (wie sie es beispielsweise für den Strassentunnel am Grossen St. Bernhard getan hat).

«Bern ist nicht Singapur»

Für die SVP und FDP war Road Pricing allerdings kein Thema. «Bern ist nicht Singapur», sagte der Schangnauer Landwirt Fritz Reber als Sprecher der SVP-Fraktion. Das Ganze rieche nicht nur nach Steuerung des Verkehrs, sondern auch nach neuer Steuer. Einstimmig wollte auch die FDP-Fraktion nichts wissen von einer Standesinitiative, wie Hans-Rudolf Markwalder (Burgdorf) im Namen seiner Fraktion darlegte. Die FDP setze nicht auf Einschränkungen, sondern auf Selbstverantwortung – Road Pricing führe nur zu weiteren Belastungen.

SP, EVP, Grüne Freie Liste und Grünes Bündnis setzten sich jedoch für eine Standesinitiative ein. Es gehe darum, die marktwirtschaftliche Lenkung des Verkehrs zu ermöglichen, sagte Ruedi Löffel (evp, Münchenbuchsee). Man müsse «ein Zeichen gegenüber dem Bund» setzen, fand Johanna Wälti (gfl, Burgdorf). Road Pricing sei «effizient, gerecht und ausge-reift», argumentierte Mirjam Bütler (sp, Bern).

Lenkung via Portemonnaie

Regierungsrätin Barbara Egger wollte namens der Regierung die Motion entgegennehmen. Die Verkehrsnachfrage via Portemonnaie zu steuern, sei folgerichtig, genauso wie auch im Tourismus die Hochsaison teurer sei als die Zwischensaison. Für die Regierung sei dabei klar, dass kein Berner Alleingang gefahren werde.

Doch SVP und FDP liessen sich nicht überzeugen: Mit 91 gegen 70 Stimmen entschied der Grosse Rat, dass Bern keine Standesinitiative einreicht und beim Bund kein Zeichen für Road Pricing setzt. (Lb)

REKLAME

www.spschweiz.ch

Nein zum Steuer-Bschiss!

... und NEIN zum AHV-Abbau!

SP
klar. sozial